

für Halle wöchentlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Bestellung 7,75 M., durch
den Post 3 M., monatlich 2 M.,
einmonatlich 1 M., ohne Postgebühren.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Nr. 5282 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich:
Dr. Guido Schulze in Halle.
(Kreuzverbindung mit Berlin, Belg., Waadburg u.
Königsb.-Nr. 176.)

Saale-Beitung.

Direktions-Adressen.

Anzeigen
werden die Spalte über dem Stam-
mit 20 Pfg., solche aus Halle mit
15 Pfg., berechnet und in der Expedition,
von unten Annahmestellen und allen
Kantons-Expeditionen angenommen.
Bestellen die Zeile 50 Pfg.
Ercheint wöchentlich 3 mal.
Sonntag- und Feiertage einzeln,
sonst zweimal täglich.
(Der Nachdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.)

Nr. 528.

Halle a. d. Saale, Montag den 9. November.

1896.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Berlin, 8. Nov. Der Kaiser, welcher gestern Abend von Belg. abreiste, morgen früh nach 3 Uhr auf dem Bahnhof Friedrichstraße über ein und begab sich sofort nach dem Rheinwald.

Die Kaiserin richtete an den Berliner Magistrat sowie an den Magistrat und die Stadtverordneten in Potsdam Dankschreiben für die Glück- und Segenswünsche anlässlich ihres Geburtstags.

Gestern Vormittag fand in der reichsgemeinnützigen Schwedischstraße im Trauzerhof für die verlebte Fürstin in Mathilde Adalw. in Gegenwart der Kaiserin, des Prinzen und der Prinzessin Leopold und anderer hoher Personen statt.

Ein am Sonntag ausgegebenes Extrablatt des „Anhaltischen Staats-Anzeigers“ meldet: Am heutigen Tage fand auf dem Herzoglichen Schloß hierelbst die Verlobung der Prinzessin Alexandra von Anhalt mit dem Prinzen Sizao von Schwarzburg-Rudolstadt statt. Prinzess Alexandra, die jüngste Tochter des Herzogs von Anhalt, ist am 4. April 1868 geboren, Prinz Günther Sizao von Schwarzburg-Rudolstadt, der fünftige Thronfolger von Schwarzburg-Rudolstadt, am 8. Juni 1860.)

Die Prinzessin Friedrich Karl von Hessen ist, wie schon gemeldet, am Donnerstag von zwei Söhnen entbunden worden. Die Prinzessin ist die jüngste Schwester des Kaisers. Am 25. Jan. 1893 vermählte sie sich; am 23. Nov. desselben Jahres wurde der erste Sohn, Prinz Friedrich Wilhelm, am 20. Okt. 1894 der zweite Sohn, Prinz Maximilian, geboren. Die Ehe ist mit ihm jetzt mit vier Söhnen gesegnet.

Die Kaiserin von Oesterreich ist heute mittag 12 Uhr von München nach Wien zurückgekehrt.

Der Prinz und die Prinzessin Ferdinand von Rumänien sind in Sigmaringen eingetroffen.

Neue „Entwässerungen“

Aus dem schon telegraphisch signalisirten neuesten Artikel der „Hamb. Nachr.“: „Der Kampf gegen den Friesen Dismarck“ entnehmen wir noch folgende Stelle im Wortlaut:

Die Frage, ob politische Beziehungen, die seit mehr als 6 Jahren bedeutungslos geworden sind, nach dem Genügsenrathe der demokratischen Blätter „Friedrich-Lugendahl“ oder nachlässig waren in der Zeit, wo sie im Interesse des Friedens hergestellt wurden, hat keine bewegende Kraft für die öffentliche Meinung. Da, wo sie eine berechtigte Kritik finden konnte, hat den Gewissen des Reiches, hat sie offenbar keine Erregung verursacht und erlangt kaum in einzelnen provisorischen Kreisen der Berliner offiziellen Einflüsse Beachtung. Die hitzige Entzweiung unserer heimischen Demokratie findet dort nur mühsamen Anklang und eben in Frankreich. In England zeigt sich schon mehr Sympathie dafür, wie natürlich für jedes Aufsehen von Symptomen rassenfeindlicher Gesinnung in Preußen und in Deutschland seit dem Krimkrieg, in der polnischen Revolution von 1863, in Bezug auf die sog. „Gezengänge“, den preussisch-russischen Abkommen, über welches der Oberst der preussischen Diplomatie, der englischen Blätter und der englischen Diplomatie mit gleicher Heftigkeit heftig. Und wenn man in England gewohnt hat, daß die russische Zustimmung, welche nach dem Berliner Kongress gegen Deutschland laut wurde, auf irgend einem Wege der diplomatischen Verhandlungen ihrer Erfüllung entgegensteht, so wird man natürlich alle englischen Einflüsse in der Demokratie und in der deutschen Bevölkerung angepaßt haben, um diese Stellung zu verhindern. Die Dreierlei-Begegnungen von Berlin im Jahre 1872 und von St. Petersburg im Jahre 1884 haben nicht in die englische Politik, und wenn in der That ein Abkommen daraus sich ergäbe, hat, welches Deutschlands Neutralität im Falle eines künftigen Konflikts hätte, so war die Beteiligung eines solchen Abkommens Aufgabe der englischen Politik von dem Augenblicke an, wo es letztere die Ueberzeugung hatten, daß es existierte. Wenn es existierte, so konnte es keine Wirkung ja nur England und Frankreich gegenüber haben. Frankreich gegenüber zu Gunsten Deutschlands, was den englischen Politikern gleichgültig gewesen sein würde, aber England gegenüber ausschließlich zu Gunsten Deutschlands. Zwischen diesen beiden Mächten konnten Handel in Asien und im Orient entstehen, und wenn dies der Fall war, so hatte die Haltung Deutschlands ihre Wichtigkeit. Ein anderer als ein englischer Angriff auf Russland wird den Kontinenten wohl kaum vorgezogen haben und namentlich keiner von seinen Vorkriegszeiten, das sich auf einen unvorhergesehenen Angriff auf Russland doch kaum jemals eingelassen haben würde, ohne seine Absichten vorher mit der deutschen Reichspolitik zu besprechen; aus solcher Besprechung würde auch für beide Theile die Klarheit darüber gewonnen worden sein, ob ein verbindliches, internationaler Vertrag ein provisorisches sei oder nicht. Die Weltlage, wie sie jetzt ist, ist ein provisorischer Vertrag, die Weltlage, wie sie jetzt ist, ist ein provisorischer Vertrag, die Weltlage, wie sie jetzt ist, ist ein provisorischer Vertrag.

Die schwermüthigsten von unseren Verfassungen, wenn sich dieselben, wie es scheint, als begründet erweisen, liegt auch wohl nicht in der sehr geschickten und verständigen Bestimmung der hiesigen Verfassungen, sondern in der Angabe, daß auf die Beteiligung derselben nach 1890 von unserer Seite verzichtet werden soll. Wenn diese Angabe nicht aufhört, als bisher in Abrede gestellt wird, so wird sich der Fortschritt in der Presse und eventuell im Reichstage doch wohl mehr auf die Gründe dieser Ablehnung als auf die Vorteile der Herstellung und der öffentlichen Verbesserung des veralteten russischen Abkommens richten. Dieses Abkommen muß, wenn wir recht unterrichtet sind, von allen drei deutschen Staaten gebilligt worden sein bis 1890. Für seinen Abbruch, wenn es bis 1890 gebilligt ist, wäre die Frage von Interesse, wenn England bekanntlich von der Geltung derselben erhalten hat.

Nach ein Sozialdemokrat.

Die Stichwahl im Reichstagswahlkreis Brandenburg-Westbavelland ist zu Gunsten des sozialdemokratischen Kandidaten ausgefallen. Der bisher nationalliberale Wahlkreis

— beiläufig bemerkt, der letzte, den die Nationalliberalen in dem Gebiete östlich der Elbe noch inne hatten — wird bis zu den Neuwahlen von 1898 durch einen Sozialdemokraten im Reichstags vertreten sein. Der Vorgang illustriert wieder einmal die solche Taktik der nationalliberalen Partei. Ueberall, wo sie mit den Agrariern und Konservervationen Wahlbündnisse schließt, bemüht sie sich diese alsbald der Führung und schließlich den Nationalliberalismus, der sich seiner liberalen Ueberzeugungen entäußert hat, von der Vertretung aus. Die diesmalige sozialdemokratische Mehrheit von 35 Stimmen in der brandenburger Stichwahl bedeutet allerdings nicht viel und garantiert der sitzenden Partei den Besitz nicht auf die Dauer. Ganz sicher aber würden die Liberalen den Wahlkreis nicht wieder gewinnen, wenn sie nicht gefolgt wären. Wie man für die Zukunft ähnlichen Niederlagen vorbeugen will, wird Sache der betreffenden Parteien sein. Auf den bisherigen Wege dürfte das Ziel aber schwerlich zu erreichen sein. In Wahlkreisen wie dem brandenburgerischen giebt schließlich die ländliche Bevölkerung den Ausschlag und so lange man diese der Führung des Bundes der Landwirthe überläßt, wird die Wahl mehr oder weniger ein Lotteriespiel sein.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Die Sitzung des Staatsministeriums am Freitag, an welcher außer sämtlichen Ministern auch der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums Graf Posadowsky theilnahm, dauerte fünf Stunden. Am Sonnabend nachmittag trat, wie schon gemeldet, das Staatsministerium unter Vorsitz des Reichstanzlers Fürsten Hofenlohe abermals zu einer Sitzung zusammen. Wie die „Staatsbürger-Ztg.“ wissen will, hat das Staatsministerium in seiner Freitagssitzung die Beratungen über die Vorlage, betr. die Erhöhung der Beamtengehälter, zu Ende geführt. Die hierzu erforderlichen Aufwendungen werden angesetzt 28 bis 30 Millionen betragen.

* Die Resolution des allgemeinen preussischen Städte-Tages, welche die Aufhebung der Privilegien der Beamten, Gesellen und Lehrer in der Kommunal-Bevölkerung fordert, ist jetzt dem Herrenhaushalt, sowie dem Hause der Abgeordneten mit der Bitte zugegangen, sie baldmöglichst insbesondere bei Gelegenheit der bevorstehenden Aufhebung der Staatsbeamten-Gehälter zu berücksichtigen.

* Nach einer Meldung polener Blätter soll der Distrikt-Kommisär v. Carnap in Palantia sein Abschiedsgesuch eingereicht haben.

* Im Großherzogthum Oldenburg ist durch landesherrliche Verordnung nunmehr auch die bedingte Verurtheilung eingeführt worden.

Wirtschaftspolitische.

* Ueber die Frage der Ermäßigung der Gütertarife glauben die „Münch. Reichs-Nachr.“ annehmen zu können, daß der bayerische Eisenbahndirektor v. Crailsheim sich bei Gelegenheit der Eröffnung einer preussisch-preussischen Bahn mit dem Minister Theil verhandelt habe, mit Rücksicht darauf, daß die bayerische Eisenbahnverwaltung im Jahre 1896 auf eine Uebernahme von 6 Millionen Mark rechnen darf. Minister v. Crailsheim sei gewillt, überall da Tarifermäßigungen eintreten zu lassen, wo sie durch das Vorgehen Preussens bedingt erscheinen und wo sich ergibt, daß sich durch die Tarifänderung die wirtschaftliche Produktion verheerlicher läßt.

* Zu den neuerdings laut gewordenen Wünschen auf Erziehung eines Zolltariffamtes bemerken die „Berl. P. N.“: Ein Reichs-Zolltariffamt ließe sich nur errichten, wenn die Einzelregierungen von ihren Kompetenzen in Zollfragen zurücktraten. Daran ist aber für absehbare Zeit nicht zu denken. In der Reichsverwaltung ist man zu demüthig gewesen, solche Erleichterungen als möglich zu schaffen, und dazu gehört auch die Einrichtung, daß periodisch das Amtliche Waarenverzeichnis zum Zolltariff, auf Grund dessen die Zollserhebungen vorgenommen werden, einer Revision unterzogen wird. In dieser Revision wird fortwährend gearbeitet und es ist nicht ausgeschlossen, daß in verhältnismäßig naher Zeit Änderungen vorgenommen werden.

* Die Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich betr. Tunis sind, nach einer späteren Meldung der „Berl. Ztg.“ zum Abschluß gekommen. Dieser Tag wird der Vertrag unterzeichnet werden. Damit hört die Herrschaft des Generalzolltariffs für die deutsche Einfuhr nach Tunis auf, welcher Tarif freilich von der französischen Regierung niemals in voller Strenge auf deutsche Waaren angewendet wurde.

* Die „Dtsch. Agztg.“ hat dieser Tage eine Petition gegen die Einfuhr dänischer Wäpfe nach Schleswig-Holstein mitgeteilt, welche Landwirthe und Interessenten Schleswig-Holsteins an den Reichstag richten wollen. Sie verlangen die Aufhebung der Quarantäne-Anstalt Quedlinburg und die Beschränkung der Einfuhr auf die Sequarantäne-Anstalt in Tönning. Der Vorsitzende der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftskammer, Graf Manteuffel, theilt mit, daß der Vorstand derselben habe unter Zuguhung des Vorsitzenden des Vieh-Richters- und Graviervereins am 9. d. M. beschlossen, die Einfuhr von Vieh aus Schleswig-Holstein auf Magazervieh und den Landweg zu beschränken, also die Sequarantäne-Anstalt aufzugeben, d. h. die Konkurrenz des dänischen Schlachts- und Auktionswegs auszuscheiden. Die Vertreter der Landwirtschaft sind wenigstens ehrlich, sie verlangen den Ausschluß des dänischen Schlachtwiehs; nicht aus veterinärpolizeilichen Gründen, weil das dänische Vieh gesund ist, sondern aus Geschäftsrückichten.

* Die brandenburgische Landwirtschaftskammer hat sich an den Magistrat der Städte der Provinz gewendet mit dem Ersuchen, Vertrauensmänner zu ernennen,

die das Gewicht und die Preise der Getreidearten auf den Märkten feststellen sollen.

* Nach dem amtlichen Protokoll über die letzte Vorstandssitzung der westpreussischen Landwirtschaftskammer hat sich nur Herr v. Buttamer-Rantzsch — und diesem stimmte auch der Vertreter der Regierung bei — für die Aufrechterhaltung der gemischten Transitzölle in Danzig ausgesprochen. Andernfalls befürchtet Herr v. Buttamer, daß der dänische Handel noch mehr zunehmen, was auch den landwirtschaftlichen Interessen entgegenstehe! Die übrigen Mitglieder des Vorstandes ließen sich durch Erwägungen dieser Art nicht beeinflussen. Die gemischten Transitzölle vertragen sich nicht mit den Kornölle, also fort damit! Solos freilich will der Vorstand auch nur bauen, wenn der Minister dazu das Geld giebt. Die Frage der Aufhebung der gemischten Transitzölle und des Zolltariffs für Getreide und Mühlenfabrikate wird demnach im nächsten Tage auf Grund des Antrags des Grafen Schwerin-Vöelck zur Verhandlung kommen.

* Neuerdings sind mehrere höhere Ministerialbeamte beauftragt worden, sich durch persönliche Umfrage über die Wirkungen der Wäperei-Verordnung zu informieren. Der Gegenstand wird im nächsten Tage die Wiederannahme des Antrags Kardorff auf Aufhebung der Verordnung zur Sprache kommen, und zwar an einem der ersten Schwerinsten.

* Der Prospekt für die von der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank eingeführte Hypotheken-Lebensversicherung ist jetzt ausgegeben worden. Die Erkenntnis von dem großen und vielseitigen Nutzen der Lebensversicherung hat leider in den landwirtschaftlichen Kreisen noch immer nicht jene Verbreitung gefunden, welche im allgemeinen Interesse der landwirtschaftlichen Kreise selbst zu bringend zu wünschen wäre. Ist doch die Lebensversicherung vorzüglich geeignet, die Hinterlassenschaft eines schuldfreien Gutes an die Erben zu vermitteln und ist sie somit im Stande, als eine hervorragende Kraft an der Lösung der großen Aufgabe der Schuldenentlastung des ländlichen Grundbesitzes mitzuwirken! Beispiel: Ein 30jähriger Mann nimmt bei der Bank ein Hypotheken-Darlehen von 1000 Mark unter Abschluß einer Hypotheken-Lebensversicherung auf und hat für letztere eine jährliche, gleichbleibende Prämie von 23.81 M. (es kann auch nach jährlich abnehmenden Prämien versichert werden) zu entrichten; stirbt derselbe z. B. nach zehn Jahren, so ist die Hypothekenschuld mit seinem Tode getilgt, während in einem anderen Falle, wenn der Schuldner ein gemischtes Annuitäten-Darlehen mit 2 1/2 Proz. Tilgung (= 65 Mark jährlich) aufgenommen hätte, nach zehn Jahren erst ein Betrag von 303.72 Mark an der Hypothekenschuld abgetragen sein könnte und also beim Tode des Schuldners noch eine Kapitalrestschuld von 696.28 Mark vorhanden wäre.

* In letzter Zeit ist verschiedentlich von einer Vetheiligung des Reiches an Eisenbahnbauten in untern arbeitsreichen Schutzzgebieten die Rede gewesen. Die „Post“ glaubt, daß alle Nachrichten darüber verfrüht sind. Insbesondere scheint nach Lage der Dinge nicht gerade wahrscheinlich, daß von einer Vetheiligung des Reiches in Schutzzgebieten überhaupt jetzt schon gesprochen werden könne; die Vorarbeiten hierfür kann so weit gefördert sein, daß schon jetzt das Reichsbankamt in eine Prüfung der Sache eintreten kann. Dabingegen möchte das Volk glauben, daß die Frage der Vetheiligung des Reiches am Bauwesen in Deutsch-Ostpreußen in absehbarer Zeit seiner Beachtung annehmen wird. Ob die Reichsverwaltung sich entschließen wird, eine Zinsgarantie zu übernehmen, wie das neuerdings vielfach angedeutet worden ist, möchte die „Post“ als nicht von vornherein feststehend bezeichnen. Es scheint jetzt zweifelhaft, ob sich deutsches Privatkapital wirklich für den Bauwesen in Deutsch-Ostpreußen interessieren werde; wenn aber Privatmittel nur unter der Bedingung zu haben seien, daß das Reich am ersten Tage an eine Zinsgarantie übertritt, so möchte die „Post“ annehmen, daß das Reich vorziehen werde, selbst zu bauen, zumal es das auch billiger können werde, als es die Privatinitiative vermöge.

Schule und Kirche.

* Die ostpreussische Provinzialynode hat, wie aus Königsberg berichtet wird, den sog. Professorenantrag angenommen, in welchem das Kirchenregiment gebeten wird, in stärkerer Maße als bisher der Staatsverwaltung gegenüber den Anspruch der Kirche auf Berufung solcher Professoren für die evangelisch-theologischen Fakultäten, welche in ihrer Vertheilung am Boden des Bismarckismus stehen, zur Geltung zu bringen.

* Die Aufnahme der Lehrer in die Schulvorstände wird zur Zeit von einzelnen Regierungen geleistet. So hat die Schulabteilung der Regierung zu Döbeln unter dem 24. Oktober berichtet: „Auf dem Lande tritt neben den gewählten Vorständen der Lehrer der Schule dem Schulvorstande als Mitglied hinzu, während in der Stadt der Schulvorstand als Ausschuss besteht.“ In mehreren Regierungen befinden sich, tritt einer der Lehrer in den Schulvorstand ein, der von der Regierung dazu bestimmt wird.“ Andere Regierungen begnügen sich damit, die Aufnahme der Lehrer in die Schulvorstände im Sinne der ministeriellen Verfügung als „erwünscht“ zu bezeichnen.

Parteinachrichten.

Ueber die Organisation der sozialdemokratischen Verhältnisse, insbesondere die Redaktionsverhältnisse des „Vorwärts“ verhandelte am Freitag eine Versammlung Berliner Sozialdemokraten. Der Delegirte vom Parteilag, Cigarrenhändler Antritz riefte, daß trotz der Besprechungen die Redaction des „Vorwärts“ auch nach dem Parteilag nicht besser geworden sei. Die Berliner Partei müsse verlangen, daß das Blatt, was fast ausschließlich von ihnen erhalten werde, einen anderen Schriftredacteur bekomme. Die angelegentlichste Pres-

Konferenz werde die Lösung dieser Frage wohl nicht bringen, da sich diese Konferenz, wie verlautet, nur mit finanziellen Angelegenheiten befassen solle. Allen Allen Rednern wurden die Mängel des „Bismarck“ hervorgehoben. Während Reichstagsabg. v. Bismarck eine Regelung der Frage in dem Sinne empfahl, daß ein literarisch-technischer Beirat Vorschläge zur Seite gegeben werden solle, befristete Ämter, Richter im Sinne Antrags die Erziehung Vorkursus durch eine Personlichkeit, die sich ausschließlich der Redaktionsfähigkeit zu widmen habe. Die Versammlung folgte schließlich einem Beschlusse, daß die von der demnächst zusammenzutretenden Professorenkonferenz durchgreifende Maßregeln zur Verbesserung des „Vorwärts“ ernaht.

Wien, 8. Nov. Der 3. Parteitag der Konföderation des Bismarck fand heute hier statt. Nachdem vormittags die Verhandlungen mit einer Ausbühung der Redner ihren Anfang genommen, folgte um 3 Uhr nachm. die öffentliche Versammlung im „Bismarck“, die aus Stadt und Land gut besucht war. Der Reichstagsabg. Dr. Krupatsch-Berlin sprach über „Weien und Ziele der Konföderativen Partei.“ Er führte etwa folgendes aus: Die Parteitage sind von großer Bedeutung, da sie den Vertretern der konföderativen Partei im Reichstags die Stimmung der Parteimitglieder in der Hand wiedergibt. Ueber das Wesen der konföderativen Partei herrscht oft eine gewisse Unklarheit. Konföderativ ist nicht gleichbedeutend mit governmental. Man hat verübt, den Parteitag, da er zu nichts sagend sei, umzuändern, und doch bezeichnet er das Wesen der Partei viel treffender, was das von den Abgeordneten anderer Parteien behauptet werden kann. Er bedeutet: Schulung, Staatsverhältnis. Da der Staat ein Lebenswesen ist, so ist seine Konföderation nicht nur durch Zerkleinerung aller dessen, was den Organismus bildet, zu bewerkstelligen, sondern es ist auch für eine geordnete Fortentwicklung zu sorgen. Die Voraussetzung, daß die Konföderativen sich nicht scheuen, und daher herrscht. Nachdem er über den Unterschied des Konföderativismus und Liberalismus viel verbreitet, schloß er die Grundprinzipien des letzteren zusammen in die 3 Punkte: Legung 1. der göttlichen Autorität, 2. der weltlichen Autoritäten von Gottes Gnaden, und 3. der geschichtlich gewordenen Gebilde unterer deutscher Vaterländer. Die Bildung der konföderativen Partei ist ein Werk, das dem Reichstag gegenüber 1. in der Betonung des christlichen Glaubens, wie er von den Vätern übernommen ist, als der staatlichen Grundlage, 2. auf strenger monarchischer Treue und der Erkenntnis, daß die Obrigkeit von Gott eingeseht ist, und 3. auf der Liebe zum Volk und Vaterland. Mit allem Nachdruck trat Redner dafür ein, daß man sich nicht scheuen müsse, die Partei zu bilden, und die Bekämpfung der Partei, wenn man selbst materiell denke und das Ich nicht tödtet. Verehrt sei es auch von der Schule, die Beförderung der Schulen zu erwarten; viel besser sei es, jeder wirke im Sinne des Christenthums, dann werde manches anders. Als wesentlich fernschicklicher Redner es auch, wenn, wie es auch in konföderativen Kreisen geschehen sei, der Zabel nach oben in einer Form erfolge, die leichtfertig und frivol genannt werden müsse. Den Sozialdemokraten könnte man dann die weiteren Schlussfolgerungen nicht verhehlen. Schließlich wies er sich noch gegen die Gründung kleiner, von den Konföderativen sich abspaltender Parteien ab, da dadurch die drei Grundprinzipien des Konföderativismus gefährdet würden, und erbot sich, der Wahrung des Gegners angreifend entgegenzutreten. Auf eine Anfrage bemerkte Dr. Krupatsch noch, daß er sowohl wie seine Parteifreunde den Volksbildungsverein durchaus wohlwollend gegenüberstehe und bezeichnete es als thörichte Vorwürfe, wenn gesagt werde, daß die konföderative Partei für die Beherrschung der Partei in Wien ein Ziel habe. Wenn der Beherrschung nicht, das im Verbindungszusammenhange vorgelegte Organisationsamt Staats ausgeführt werde, so werde er nichts dagegen haben. Allein die konföderative Partei beabsichtige die Gesamtkonföderation; zudem haben auch die Gemeinden die Bevollmächtigung der Parteimitglieder. Als zweiter Sprecher verbreitete sich Herr Reichstagsabg. v. Bismarck über die Bedeutung der Parteitage, über das Thema: „Landwirtschaft und S. A. und S. A.“ ohne ohne etwas Neues zu dem Thema vorzubringen als die faulen Klagen und Ausfälle.

Konföderation

Berlin, 8. Nov. Am Samoa tritt jetzt bekanntlich nach Ablauf der im Jahre 1893 abgeschlossenen Verträge der Wechsel in den internationalen Besitztum ein. Darüber haben sich die Vertragsmächte schon gemüht, daß das Präsidium der Republik in Apia wieder einem Deutschen übertragen wird; der Richter Dr. Koffel in Dar-es-Salaam ist für diesen Posten angesetzt. Eine Zeit lang hielt man es nicht für ausgeschlossen, daß der Oberrichter Ide auf seinem Posten noch für eine weitere dreijährige Periode erhalten werden könnte, doch verlautet jetzt, daß Mr. Ide bestimmt abgeht, daß dort zu bleiben. Die Vertragsmächte haben sich nun über eine Neuwahl zu verständigt; es wieder ein Amerikaner berufen wird, ist noch unbestimmt. Die Vertragsmächte sind nach dem Berliner Samoa-Vertrag von 1889 in ihrer Aufsicht vollkommen frei, sie können eine Nichtangehörigen der drei Vertragsstaaten wählen, wie die Ernennung des Schweden Cedercrantz im Jahre 1890 zeigt. Die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten leitet den Blick ebenfalls auf die Samoa-Angelegenheiten. Schon seit vier Jahren etwa agitiert die gesamte republikanische Presse der Union fröhlich dafür, daß die Regierung in Washington ihre frühere Amerikanerpolitik hinsichtlich Samoa wieder aufnehme, welche Präsident Cleveland 1893 vollkommen aufgab. Schon in den nächstjährigen Jahren läßt man die Monroe-Doktrin auf den Stillen Ocean ausdehnen und bezeichnet Samoa als eines der ersten Ozeane, welches unter amerikanischer Protektion gehöre. Wenn man der neuwählende Präsident Mac Kinley im nächsten Jahre seine äußere Politik ganz nach den bisherigen republikanischen Vorschlägen betreibt, so können wir uns auf einen Veränderungsvorgang in Samoa gefaßt machen. Die Wahl des Vizepräsidenten bekommt auch eine besondere Bedeutung, denn wenn man wieder einen Nordamerikaner auf diese Stelle jenseitig, so erhielt die Agitation der Unionisten dort einen gewissen Halt.

Die „Post“ bezieht sämtliche Meldungen betreffs der Nachfolgerwahl auf dem Gouverneurposten in Deutsch-Ostafrika auf die Gründung beruhend. Auch sie ist maßgebender Stelle nichts davon bekannt, daß der Kommandeur der Schutztruppe, Oberstleutnant v. Trotha, demnächst zurücktreten werde.

Ueber die spätere Verwendung des Majors v. Bismarck in den deutschen Kolonialamt befinden sich nach dem „Berl. Reichs-Nachr.“ ganz bestimmte Pläne, wenn auch Herr Bismarck zur Disposition gestellt sei. Man hofft, daß derselbe der Kolonialverwaltung attached werde, so daß man stets seinen Rath einholen könne. Herr v. Bismarck ist übrigens, wie im Anschluß hieron erwähnt sei, am Sonnabend der Berliner Gesellschaft für Erdkunde als erster Vorsitzender gewählt worden.

Die Unternehmung im Falle Peters ist jenseitig vorgegangen, daß die Eröffnung des Disziplinarverfahrens in absehbarer Zeit zu erwarten steht.

* Zum Fall Friedrich Schröder schreibt die „Post“, die Meldung, daß neue Erhebungen auch in Berlin gemacht werden sollen, sei nicht richtig. Auf Veranlassung des Verleibers seien bereits Ausfragen von Weisen, die mit Schröder in Verbindung stehen, zu Protokoll genommen und nach Dar-es-Salaam geschickt worden.

* Nach einer Meldung des „Tempo“ hat, infolge der Erziehung eines deutschen Postens in Sautanne Wanga nordwestlich von Logolande durch Lieutenant v. Carnap, das Mitglied der französischen Expedition Desnave, Lieutenant Bonlet, einen Marsch nach Wagabugu unternommen, dem Hauptorte des Missionsgebietes, und dort einen Posten errichtete.

Parlamentarisches.

* 27 oldenburgische Landtagsabgeordnete beschlossen bezüglich des Konflikts zwischen Landtag und Ministerium, daß der neuwählende Landtag sich auf den Boden der Opposition des alten stellen solle. Sie wollen den letzten Landtags-Abschied, in welchem der Großherzog seinen Unmut über das Misstrauensvotum aussprach, in Landtage zur Besprechung bringen.

See- und Marine.

* Mit Bezug auf die Verfügung des Kriegsministers, daß künftighin die Zerstörerzungen nicht mehr für jedes Regatament besonders auszuheben, sondern von der Artendatur für jede Garnison im ganzen vergeben werden sollen, hat die Landwirthschaftsminister für die Provinz Polen den Landwirtschaftsminister erudt, beim Kriegsminister dahin zu wirken, daß die Zerstörerzungen in möglichst kleinen Zöolen ausgegeben, und daß möglichst zahlreiche Schlichter damit beauftragt werden.

* Zum Fall Rükewitz wird der „Frei. Zig.“ zu Charakteristika des Militärgerichts aus Karlsruhe gemeldet, daß nur ein einziger Zeuge, der in der Gesellschaft des Bräutigams befindliche Dr. Jung-Stilling, verurteilt worden ist. Die anderen Zeugen, Theodor Wals, der Begleiter Siepmann's, der Tambauer-Wirth Kriehel, Rechtsanwalt Sündel, wurden unbescholten, ehrenwerthe Männer, hat man nicht eichlich vernommen. Bräutigam hat schon mehrfach Zweifel gesetzt; im v. S. ritt er in das Café Bauer ein, in diesem Frühjahr wollte er in Café Bauer einen Polizeidirektor erziehen. Wie nötig es ist, den Rathschlag vor der Öffentlichkeit klar zu legen, zeigt auch die fäthliche Haltung der offiziellen „Karlsruher Zeitung.“ Er brachte am Tage nach der That eine kurze Notiz, worin hauptsächlich des Bräutigams durch Siepmann behauptet war. Seitdem ist seine Notiz mehr über Bräutigam in dem Blatt erschienen.

* In Trier wurde das „Tagblatt“ vom 28. Okt. wegen Belästigung des Offizierspostens in einer Belästigung des Falles Bräutigam-Karlsruhe beschlagnahmt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Im Budgetauschuss des österreichischen Abgeordnetenhauses erklärte am Sonnabend der Unterrichtsminister bei dem Titel „Hochschulen“ ein Gegenwärtig für den Neubau der Wiener Universitätsklinik, welcher 11-12 Millionen Gulden kosten werde, sei vorbereitet. Betreffs der wiederholten Wünsche nach Errichtung einer zweiten böhmischen Universität in Wäzzen wies der Minister auf die Nothwendigkeit bedeutender materieller Mittel und vollwertiger akademischer Lehrkräfte hin. Er sei weit entfernt, Geringschätzung der literarischen und wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit des böhmischen Volkes zu äußern; er ermeide die unergieblichen Fortschritte des böhmischen Volkes auf dem gelehrten Gebiete an, halte es aber für notwendig, zunächst für die Vorbereitung eines genügenden akademischen Nachwuchses zu sorgen. Wenn an die Gründung einer neuen Universität in Wäzzen nicht sofort, aber doch in absehbarer Zeit gedacht werden werde, werde vielleicht eine Form gefunden werden, welche auch die Wünsche und Bedürfnisse der Deutschen in Wäzzen befriedige. In der Frage des Frauenstudiums werde die Zulassung von Mädchen als Universitätsbörnerinnen demnächst entschieden werden, wobei unter gewissen Bedingungen auch Mädchen ohne Maturitätszeugnis zugelassen werden würden.

Am Sonntag gab Kaiser Franz Josef zu Ehren des in Wien weilenden Königs von Griechenland ein Galabier. Zwischen den ungarischen Abgeordneten Ugron und Franz Kossuth fand am Sonnabend vormittag 10 Uhr das bereits angekündigte Duell statt. Ugron erhielt eine leichte Schramme auf der Hand, Kossuth einen schweren Hieb auf den rechten Arm, worauf die Aertze Schluss erklärten. Die Gegner verzögerten sich.

Uebrigens scheint es bei den ungarischen Wahlen nicht sonderlich ehrlich zugegangen zu sein. So ist, wie das „W. Frdbll.“ berichtet, in einer jeden Zweifelsauschließenden Weise konstatirt, daß bei der Deputirtenwahl in Zagzerbeny Unregelmäßigkeiten in großem Umfange begangen worden sind, welche die Grundlage für die Aufhebung des Mandats des Grafen Albert Apponyi bilden. So wurde, schreibt das genannte Blatt, das Votum von Personen, die für längere Zeit in der Anstalt der Wähler, ferner von Personen, die für Abwesenheit inmannt, als gültig angenommen. Der Einspruch der Vertrauensmänner gegen diese Vorgänge wurde vom Wahlpräsidenten nicht berücksichtigt. Einlich wurde eine Anzahl von Wählern des gegnerischen Kandidaten Erbelvi unter nichtigen Vorwänden zurückgewiesen und die Zurückweisung nicht zu Protokoll genommen. Die Zahl der für Apponyi abgegebenen illegalen Stimmen beträgt über 100, während er nur mit einer Majorität von 88 Stimmen durchgegriffen ist.

Die durch den Wahlausfall so ziemlich vernichtete Agronfraktion hielt am Sonntag die erste Konferenz ab. Ugron betonte, die Niederlage sei infolge der Gewaltthaten der Regierung und des Patrivens der Kossuthpartei mit jener verurteilt worden. Es wurde beschlossen, die Fraktion auf der bisherigen Basis aufrecht zu halten und bejuss Organisation eine Landeskonferenz einberufen.

Frankreich.

Zum bevorstehenden Prosej Arton wegen der Panama-Affären berichtet man aus Paris, daß Arton bei seinem Aufenthalt in London in großer Geldverlegenheit die photographischen Aufnahmen seiner Festungssakten gegen ein Darlehen von 250,000 Francs hinterlegte. Zwischen den beiden abschließenden Parteien wurde vereinbart, daß die Bankiers, denen dieses Aktenstück anvertraut worden ist, verpflichtet seien, dasselbe zu veröffentlichen, falls Arton abgerechnet, wenn Arton das Darlehen nicht bis zum 1. Jan. 1897 zurückgezahlt hätte, was unter den augenblicklichen Umständen kaum wahrscheinlich sei. Wahrscheinlich dürften jene Akten jetzt an die Öffentlichkeit gelangen. — Auch die Affäre Dreijuh lebt wieder auf. Den französischen Deputirten

wurde eine von dem pariser Schriftsteller Lazare verfasste, „Ein Südtirroler“ betitelt Schrift zugegeben, in welcher der Verfasser den Nachweis zu führen sucht, daß der frühere Hauptmann Dreijuh unschuldig verurtheilt wurde.

Der „Westminster Gazette“ zufolge erhielt die Erzherzogin Maria Dorettha von Oesterreich, die Gemahlin des Herzogs von Orleans, ein Mitglied von 6 Millionen Francs. Der Herzog selbst hat eine Rente von 324,000 Francs jährlich. — Dem „Kampel“ zufolge steht eine Spaltung innerhalb der ortenarischen Partei bevor.

Schweiz.

Der frühere Gesandte von Uruguay bei der Schweiz, Min, den bekanntlich der Bundesrat seine Pässe ausstellen ließ, hat den Bundesrat jetzt gefordert. Er schrieb an Herrn, er werde ihm in der nächsten Zeit zwei in Europa wohnende Landleute als Kartellträger senden. — Öffentlich wird der Bundesrat Herr den beiden Landleuten die gebührende Aufmerksamkeit ertheilen. — Am Sonntag haben in der Schweiz mehrere Stichwahlen für den Nationalrath stattgefunden. Ein lebhafter Wahlkampf ist nur in Neuchâtel zu verzeichnen, wo der liberale Alphonse Calin über den sozialistischen Kandidaten siegte. Bei der genfer Wahl für den Ständerath siegte der Radikale Gerard über den bisherigen liberalen Vertreter Odier.

Niederland.

Eine am Sonnabend in Petersburg zusammengetretene internationale Eisenbahnkonferenz bezieht über die Haftbarkeit der Eisenbahnen für die Antaltbarkeit der Getreidefrachten, die Regulirung des Getreideverkehrs und die für das Jahr 1897 ausgegebenen Mittel zur Unterhaltung eines internationalen Eisenbahncorps.

Italien.

Ein Ingenieur brachte bei dem Ministerium ein Projekt und ein Konzeptionsgehalt für eine Alpenbahn über den großen St. Bernhard ein. Eine Entschädigung ist jedoch bisher noch nicht getroffen. Viele Säuglinge der Tigriner sowie mehrere Priester begaben sich in diesen Tagen auf Vernehmung Menelli's nach Schoa. Auch Ras Mangascha soll abgereist sein. — Die italienische Regierung, die diese Nachricht verbreiten ließ, will damit augenscheinlich andeuten, daß die Friedensverhandlungen einen günstigen Fortgang nehmen. Es erscheint uns aber zweifelhaft, ob man ihr ohne weiteres Glauben schenken darf.

England.

In Glasgow hielt am Freitag John Morley eine Ansprache an eine liberale Wählerversammlung, in der er sich Hoffnungswohl über die Ausfichten des Liberalismus äußerte. Die liberale Partei habe Honorare für Irland feineswegs aufgegeben, aber die Frage sei zu den nächsten Wahlen vertagt. Die irische Frage könne niemals endgültig gelöst werden, ausgenommen durch Gewährung einer Art von Selbstverwaltung an Irland. Betreffs der Armenierfrage sagte er, es bedürfe seiner weiteren Professorveranlassungen, wenn es England nicht gelinge, die Großmächte zu veranlassen, einen Druck auf die Pforte auszuüben, werde es entehrt dastehen und den bitteren Weher der Demütigung zu leeren haben. Die gegenwärtige Stellung Englands in Aegypten sei für England eine Quelle der Schwäche. — In London ist, wie die „Kön. Zig.“ mittheilt, ein angehendes Mitglied der dortigen deutschen Kolonie, Herr Karl Meyer vom Hause Reichschid, zu einem der Vizepräsidenten der Uth ernannt worden. Diese Würde entspricht der eines Friedensrichters in den ländlichen Grafschaften.

Spanien.

Der neue Oberkommandirende auf den Philippinen, General Polabiaja, hat sich am Sonntag in Barcelona, angeblich unter warmen Kundgebungen der Bevölkerung nach Manila eingeschifft.

Bulgarien.

Das Journal „Progrès“ meldet, der Ministerrath beschloß, etwa 1000 armenische Bauern, welche aus Anatolien nach Konstantinopel geflüchtet waren und dort nach Banna kommen, anzusetzeln und eine Kommission zu diesem Zwecke zu ernennen. Man glaubt, daß den Armenen für den Aderbau geeigneter Grund und Boden in der bulgarischen Dobruidja zugewiesen werden würde. — Die Führer der Doppeltrich haben Agitationsreisen für die bevorstehenden Wahlen angetreten.

Ein französischer Schiffskapitän Moreau, welcher von dem französischen Marineministerium für die Organisation und Anfraktion der bulgarischen Flotille delegirt worden ist, ist am Freitag in Sofia eingetroffen.

Bulgarische Studenten begaben sich mit einem Sonderzuge nach Belgrad, um den Besuch, welchen die serbischen Studenten vor einigen Monaten in Sofia abtatheten, zu erwidern.

Nordamerika.

Nachdem nunmehr die Wahl Mac Kinley's erfolgt ist, tritt die Frage in den Vordergrund, ob er beabsichtigt wird, für den einst von ihm und seiner Partei, den Republikanern, protegirten Hooschickollativ von neuem einzutreten oder nicht. Zahlreiche Meldungen über diesen wichtigen Punkt sind bereits nach Europa gelangt (und auch von uns veröffentlicht worden), aber alle diese Meldungen, mögen sie gültig oder ungültig lauten, sprechen doch immer nur von Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten. So darf man denn die Ueberzeugung haben, daß die Sieger im letzten Kampfe überhaupt noch keine bestimmten Beschlüsse über die Frage einer Zollhebung gefaßt haben. Sicherlich liegt jedoch für die europäische Industrie eine unmittelbare Gefahr noch nicht vor. Auch ist zu berücksichtigen, daß ein neuer Hooschickollativ, wenn seine Einführung beabsichtigt werden sollte, nicht vor Ablauf eines Jahres in Wirksamkeit treten könnte und daß bis zum Zeitpunkte seines Inkrafttretens die europäische Industrie erzwungen würde, sich nicht nach den Vereinigten Staaten zu exportieren, umso mehr, als ja jetzt, nachdem die drohende Gefahr der Silberüberwahrung befristet ist, Handel und Wandel in America wieder pflücht, einen geradezu ungewöhnlichen Aufschwung genommen haben.

Die orientalischen Wirren.

Der Sultan hat sich endlich, angeblich auf französische Einwirkung hin, bereitwillig, einige Reformen zu gewähren. Er bestimmte 1. Säkularisation aller in den Provinzen befindlichen Berorien, gegen welche nichts Befehlendes vorliegt. 2. Die Polizei von Anweisungen erhalten, um zu verhindern, daß friedliche Armenier verfolgt werden. 3. Unergebliche Verurteilung einer armenischen Nationalversammlung bejuss Vornahme der Wahl des Patriarchen. 4. Der

Wandkalender
als Beklamungsbild-Artikel,
mit Prämien, in vielen herrlichen
Ausführungen, liefert jedes Quantum
schleunig und billigst
Gustav Schröter,
Gantstr. 68, Wallstraße 42, I.
Besonders mit Kunstwerken an Dienten.

Malton-Weine
dargestellt aus
Malzwürze und ausgewählter
Weinhefe,
ungegypst, ungeschwefelt,
ungespritzt,
Stärkungsmittel für Kranke,
Genussmittel für Gesunde.
Malton-Sherry,
Malton-Tokayer,
3/4 Liter-Flasche 2 Mk.
vorrätig stets bei:
August Peter,
Königsstrasse.

Photogr. Apparate
mit allem Zubehör liefert zu
Originalfabrikpreisen
**Hugo Peter, a. d. Haupt-
post.**

**Haustelegraphen,
Telephonanlagen,
Reparaturen - Ausführung**
prompt unter Garantie für
beste Funktion.
F. Petsche, Leipziger Str. 8.

Bürstenwaaren,
besond. Haarbürsten in bester Qua-
lität am billigsten bei
**H. Kretschmann, Bürstentf.,
Bernburg.**

Kleinschmieden 6, Engelpothefe.

Adolf Sternfeld
Halle a. S., Leinen- u. Wäschefabrik.
Fertige Betten,
Bettfedern und
Daunen,
Fertige Bettstellen
und Matrasen,
Strohsäcke,
Schlafdecken, Bettdecken,
Stegdecken.
Fertige Bett-Julettts
mit 2 Rippen Mt. 9,50.
Fertige weiße Bett-Bezüge
Mt. 4,50-5,00-6,00.
Fertige bunte Bett-Bezüge
Mt. 4,00-5,00-5,50.
Fertige Bettlatten
Bettbreite
Dovilas 1,50-2,25.
Fertige Bettlatten
Bettbreite
Leinen Mt. 2,25
bis 3,00.

Kleinschmieden 6, Engelpothefe.

**Große Gold- und Silber-Lotterie des Hausfrauen-Vereins
zu Magdeburg.**

Nachdem uns durch den Herrn Minister des Innern die einmalige Verlegung des Beginnstermines
unserer Gold- und Silber-Lotterie bis spätestens den 1. April 1897 gestattet worden ist, so haben wir die
Anspielung der Gewinne vom 9. November d. J. auf **Dienstag den 16. März 1897**
und folgende Tage verlegt, wovon wir Kenntnis zu nehmen bitten.

Magdeburg, den 7. November 1896.
Der geschäftsführende Ausschuss des Hausfrauen-Vereins.
Trümpelmann, Kretschmann, Pilet.
Superintendent, Aufsichtsb., Pilet.

**Fragt Euren Arzt
über Malton-Wein**

Deutsche Weine aus
deutschem Malz.
**Malton-Sherry
Malton-Tokayer**
vereinen in sich die nährenden Eigen-
schaften der extractreichsten Biere und die
anregende und kräftigende Wirkung der
Traubenweine. Nicht zu verwechseln mit
den sogenannten Malzweinen, wie sie wohl
im Handel vorkommen und lediglich Gemische
von Malzextract und Wein sind. Die Malton-
Weine sind ausschliesslich Gährungsprodukte.
Per Flasche 3/4 Liter **Mark 2.-**
Vorrätig in Apotheken und besseren Handlungen.
Hauptdepot: **Otto Thieme, Halle a. S.**

**Atelier f. feine Damenschneiderei,
Paula Arnold, jetzt Gr. Steinstr. 5, II.
Tafelsoffer Eik. - Sanberste Ausführung. - Mäßige Preise. r**

Reinwollene Friese
für Portieren, Fenstermäntel, Tischdecken in nur
guten Qualitäten und reicher Farbenwahl.
Fertige Fenstermäntel
mit geschmackvollen Borden.
Schlafdecken
in Wolle und Seide, grosse Auswahl in allen Preislagen
empfehlen
Arnold & Troitzsch
Gr. Ulrichstrasse 1, am Kleinschmieden.

Seeben erscheint als 59. Band der Groteschen Sammlung:
Julius Wolff: Apsalide.
Dichtung aus der Zeit der provençalischen Troubadours.
Preis elegant gebunden 6 Mark.
Berlin SW., Defauer Straße 18. **G. Grote'scher Verlag.**

Die Schuh- und Stiefel-Fabrikate
von
Otto Herz & Co.
befinden sich bei
C. Buchalla,
Gr. Steinstraße 11.
Anerkannt empfehlenswerthe Bezugsquelle.

Feiner Tafel-Aufschnitt.
Hamburger und Westfäl. Schinken, Lachs-schinken, Zunge,
Rauchfleisch, Kalbsbraten, Roastbeef, Zungen- u. Kalbsroulade,
Mosaikwurst, Mortadella, Wildschweinskopf, Galantine von
Gänseleber und Geflügel, Trüffel-, Sardellen- und Gänseleber-
Trüffelwurst, Braunsch. u. Thüring. Cervelatwurst, Mettwurst.
Frankfurter u. Fraustädter Würstchen.
Auf vorherige Bestellung werden
belegte Brötchen, Aufschnitte u. Käseschüsseln,
Ital. Salat, Hummer-Mayonaise etc.
sehr geschmackvoll garnirt, jederzeit geliefert.
Telephon 414. **Sprengel & Rink** Leipziger
Str. 2.



Schirm-Fabrik
Aparte Neuheiten
in **Rococo- und Empire-
Fächern**
in seid. Taffet und 1 Mark an,
in echt Strauss- 2 Mark an.
Reparaturen!!

Wer Geld sparen will!
kaufe gar u. in Berlin u.
Damen- u. Herren-
Käse, Seifen, Kerzen,
Wasser, Toiletten etc. bei
**J. Siede, Uhrmacher,
Gr. Ulrichstr. 18a, im Laden.**
Dabei ist folgendes Einlegen
einer neuen halbbaren Feder u.
Reparat. 1. A. Glas oder Zeiger
10-20 A. Uhrzeit 10 A., Schlüssel 5 A.
Uhr-Reparat. u. Reparatur unter
Garantie.

Complete
Brennapparate
mit vorzüglichsten Materialien
kauft man am
billigsten
in bekannter Güte unter voller
Garantie nur bei
Paul Simon,
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 24.
von 7 Uhr aufwärts zu allen Preisen.
Eingeh. Brennliste von 2,75 A an.
Katalog 96-97 ertheilen.

Kinderräsche,
Ausstattung für Neugeborene,
empfehlen zu billigen Preisen
Minna Haase, Geißler.

Aus Malzwürze
bereitete deutsche Weine
Malton-Sherry
süsser fourziger Frühst- und
Tischwein.
Malton-Tokayer
bekömmlich nährend. Wein für
Gesunde u. Kranke.
3/4 Liter-Flasche 2 Mark.
Franz Boas,
Neckelstrasse Nr. 10.

Junge, fette Gänse verl. fr. Bismarck,
vvo Bld. 45-60 & Theod. Bernh. d.
Zücht. Babubollstraße 6. (ad)

Auction.
Dienstag den 10. d. M. Vormittags
9 Uhr versteigere ich Baumhäuser, 15
(Drei Schmeißel) 2 Erbst. Holzweiden
öffentl. meistbietend gegen Barzahlung,
Oscar Knoche, vereid. Auctionator,
Arlenbergstraße 12, I.

Große Hut-Auction.
Dienstag den 10. d. von Vorm.
9 Uhr und Nachm. 2 Uhr ab ver-
steigere ich Gr. Ulrichstr. 26 (Gedächtnis)
meistbietend gegen Barzahlung:
**500 neue mod. Herren-
und Kinder-Filzhüte.**
J. Stemmler,
gerichtlich vereid. Taxator und
außerger. vereid. Auctionator.

Die Expeditionen der Halle - Zeitung
befinden sich
Gr. Berlin, Neue Promenade 1 und
Markt 24 (Wohngegend).

Original Houben's Gasöfen
mit neuem Muschelreflektor.
Höchster Nutzeffekt!
Als bester Gas-Ofen
— offiziell anerkannt —
Nur echt, wenn mit Firma.
Hundert Zeugnisse. Katalog franko.
J. G. Houben Sohn Carl, Aachen.
Fabrikant des Aachener Bade-Ofens.
D.R.P. Vertreter gesucht.

Für die Anzeigenhaftung verantwortlich: H. Mühl in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mit 2 Weißblättern und Unterhaltungsblatt.